

KAMPF UM ROJAVA

Erst Krieg, dann Besetzung

Seit einem Jahr kontrolliert Ankara Teile der kurdischen Autonomiegebiete in Nordsyrien. ExpertInnen sprechen von einer «Türkifizierung» der Region – mit gravierenden Folgen für die Bevölkerung.

VON LORENZ NAEGELI

Der Vorwurf stand schon länger im Raum, nun wird er durch einen Bericht der Uno-Untersuchungskommission für Syrien gestützt: Demnach hat der Nato-Staat Türkei in Teilen Nordsyriens die ethnische Landkarte neu gezeichnet – und soll dort auch für Kriegsverbrechen verantwortlich sein.

Vor einem Jahr hatte die türkische Armee ihre Offensive gegen die kurdisch dominierten Autonomiegebiete im Norden Syriens lanciert. Gemeinsam mit islamistischen Milizen brachten die Streitkräfte damals einen rund dreissig Kilometer breiten und hundert Kilometer langen an die Türkei angrenzenden Korridor unter ihre Kontrolle. Neben dem Kanton Afrin, den die Türkei Anfang 2018 besetzt hat, kontrolliert Ankara damit einen weiteren Teil des Nachbarlands.

Rivalisierende Milizen

Ein paar Wochen nach der Annexion, im Dezember 2019, stellte der türkische Machthaber Recep Tayyip Erdogan seine Pläne für die Region der Öffentlichkeit vor: Begleitet von einem gewaltigen Infrastrukturprojekt mit einem Investitionsvolumen von 26 Milliarden US-Dollar, sollten dort über eine Million SyrerInnen angesiedelt werden. Es sei «eines der grössten öffentlichen Bauprojekte auf besetztem Land in der modernen Geschichte», schrieb damals das US-Magazin «Foreign Policy». Er erkenne im Plan «die Absicht, die Region ethnisch umzustrukturieren», wird in dem Beitrag der ehemalige UN-Funktionär Hardin Lang zitiert.

Auf dem Gebiet der sogenannten Demokratischen Föderation Nordostsyrien – auch bekannt als Rojava – leben neben kurdischen auch viele weitere Gemeinschaften. Die in den vergangenen Jahren aufgebauten Strukturen – gekennzeichnet durch kulturelle und religiöse Vielfalt, feministische Prinzipien und einen friedensfördernden Föderalismus – werden nun durch eine männlich und islamistisch geprägte Herrschaft verdrängt.

«Wir beobachten einen Prozess der «Türkifizierung», sagt Thomas McClure, Mitgründer der Medienorganisation Rojava Information Center mit Sitz in Nordostsyrien. In den besetzten Gebieten führe kein Weg mehr an der Türkei vorbei. «In Afrin erhalten die Menschen türkische Ausweise, die türkische Post hat regionale Vertriebsdienstleistungen übernommen. Die erst kürzlich eingeführten Veränderungen im Bildungssystem wurden rückgängig gemacht, türkische Banken breiten sich aus», so der Experte.

Hinzu kommt: Die Milizen, die sich unter dem Dach der sogenannten Syrischen Nationalen Armee (SNA) versammeln und faktisch dem türkischen Kommando unterstehen, sind zerstritten und bekämpfen sich gegenseitig. Das sei ganz im Sinne der Türkei, sagt McClure: «Keine der Gruppen soll zu mächtig werden.» Für ihn verfolgt Ankara damit zwei Ziele: Die Milizen dienen einerseits dazu, die Menschen zu vertreiben – und erlauben es dem Regime gleichzeitig vorzugeben, die von ihnen ausgehende Gewalt habe nichts mit der Türkei zu tun.

Die SNA besteht aus Gruppen wie den Sultan-Murad-Brigaden, deren Mitglieder zurzeit auch im Krieg gegen Armenien aufseiten von Aserbaidshan kämpfen sollen, oder der Miliz Ahrar al-Scharkija, in der sich frühere Al-Kaida-Kämpfer tummeln. Viele dieser Milizen wurden ursprünglich von den USA im Kampf gegen den IS finanziell unterstützt, haben heute laut dem Rojava Information Center aber selbst Dutzende ehemalige IS-Angehörige in ihren Reihen.

Geraubte Freiheiten

Gemäss dem Uno-Bericht teilen die Milizen unterschiedliche Regionen in den besetzten Gebieten unter sich auf. Muna Yusuf von der kurdischen Frauenorganisation Kongreya Star spricht von einem «demografischen

Wandel»: Menschen würden aus ihren Dörfern vertrieben, während die Familien der Söldner aus anderen Teilen Syriens in die Region kämen und die Häuser der Vertriebenen besetzten.

Besonders in Sere Kaniye (Ras al-Ain) werde die lokale Diversität zerstört, fürchtet Yusuf. «Was die Stadt speziell macht, ist die Durchmischung der Ethnien. Ob Kurden, Assyrerinnen oder Araber: Sie alle leiden unter dem Krieg und der Besatzung und verlassen die Region in grosser Zahl.»

Laut dem UN-Bericht wurde in Sere Kaniye ein von einer Miliz besetztes Haus kurzerhand in eine Koranschule umgewandelt – ausgestattet und betrieben von der regierungsnahen türkischen Organisation Stiftung für Humanitäre Hilfe. Offiziell eröffnet wurde die Schule im Juni durch einen türkischen Gouverneur, der dies gemäss Medienberichten als «wichtigen Schritt zur Wiederherstellung des normalen Lebens in der historisch bedeutsamen Stadt» bezeichnete. Die Einwände der kurdischen Familie, der das Haus gehörte, blieben ungehört.

Sich rechtlich gegen solche Angriffe zu wehren, ist praktisch unmöglich, denn auch die Gerichtsbarkeit ist weitgehend unter türkischer Kontrolle. «In Nordsyrien findet gerade eine De-facto-Annexion statt, die das türkische Staatsgebiet auf syrisches Territorium erweitert», sagt Analyst McClure. Die neue Ausrichtung steht dabei in scharfem Kontrast zur kurdischen Selbstverwaltung. «Das politische Projekt in den besetzten Gebieten ist zerstört», sagt McClure. Frauen würden zurück in die Häuser gezwungen, alle, die verdächtigt würden, mit der Führung kooperiert zu haben, verfolgt und verhaftet.

Die unter der türkischen Interimsregierung gebildeten Räte bestehen praktisch ausschliesslich aus Männern. «Unter der Selbstverwaltung war die Frau ein wichtiger Bestandteil der Gesellschaft: Frauen übten ihre politischen Rechte aus und hatten eine Stimme, die gehört wurde. Nun wurden ihnen die kürzlich errungenen Freiheiten geraubt», sagt Aktivistin Muna Yusuf.

Verhinderte Sanktionen

Yusuf berichtet aber auch, dass die Herrschaft der Türkei brüchig sei: Sie erzählt von Ernüchterung bei vormaligen UnterstützerInnen der Invasion – und davon, dass die Selbstverwaltung ausserhalb der besetzten Gebiete gestärkt worden sei. Diesen Eindruck teilt auch Thomas McClure. Insbesondere arabische Gemeinschaften näherten sich dem Syrian Democratic Council an – weil die Rechtsstaatlichkeit funktioniere und die Menschenrechtssituation in den kurdisch dominierten Gebieten viel besser sei als in den von der Türkei kontrollierten, sagt er. «Natürlich werden arabische Scheichs nicht über Nacht zu radikalen Feministen, aber auch sie sehen, was in Afrin und anderen Regionen passiert. Solche Zustände wünscht sich niemand.»

Trotz der vielen Berichte über die Region ist die internationale Gemeinschaft nicht in der Lage, Erdogans expansiver Kriegspolitik etwas entgegenzusetzen – und das nicht nur in Nordsyrien, sondern auch in Libyen, im Irak oder aktuell im Konflikt um Bergkarabach. Die deutsche Kanzlerin Angela Merkel hat Ankara Anfang Jahr sogar Unterstützung beim Bau von Flüchtlingslagern in Nordsyrien signalisiert. Letzte Woche beim EU-Sondergipfel in Brüssel verhinderte sie dann erfolgreich Sanktionen gegen die Türkei.

Verschiedene Kommissionen der Uno berichten auf Anfrage von ihrem eingeschränkten Handlungsspielraum. Unter den geopolitischen Bedingungen der Gegenwart schaffen es die Gremien nicht, Menschenrechtsverstösse mit mehr als einem Bericht zu verurteilen. Für die Bevölkerung in Nordsyrien bedeutet das, dass sie auch weiterhin vorwiegend auf sich alleine gestellt ist.

REPRESSION IN ÄGYPTEN

Verfolgt wegen «femininer Gesten»

Das ägyptische Regime gehe systematisch mit Gewalt gegen die LGBTQ*-Community vor, konstatiert ein neuer Bericht. Erst im Juni hat sich eine queer-feministische Aktivistin das Leben genommen.

VON MERIÈM STRUPLER



Verbotene Freude: Sarah Hegazi wurde im September 2017 verhaftet – weil sie an einem Konzert mit der Regenbogenfahne getanzt hatte. FOTO: @AMRMAGDI, TWITTER

Das Bild ging 2017 um die Welt: Sarah Hegazi steht in Kairo an einem Konzert der libanesischen Indieband Mashrou' Leila, deren Sänger offen schwul lebt, inmitten von Tausenden Fans – und schwenkt mit strahlendem Lächeln die Regenbogenfahne. «Es war ein schöner Moment», sagt sie später der Deutschen Welle, «denn ich stand zu mir, in einer Gesellschaft, die alles hasst, was anders ist als die Norm.»

Eine Woche später wird die junge Frau verhaftet. Der Vorwurf: Sie soll sich «einer verbotenen Gruppe» angeschlossen haben, deren Aktivitäten sich gegen die Verfassung richteten. Auch Dutzende weitere KonzertbesucherInnen werden festgenommen. Als Hegazi nach drei Monaten freikommt, flieht sie nach Kanada ins Exil. Dort spricht sie offen über die Folter, die sie im Gefängnis erlebt hat, erzählt von Elektroschocks und Isolationshaft.

Ausgehend von Hegazis Fall hat die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch (HRW) nun fünfzehn Fälle von Folter an lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans und queeren Personen (LGBTQ*) dokumentiert. «Die Misshandlungen sind Teil eines grösseren und systematischen Musters von Gewalt gegen LGBTQ* in Ägypten», schreibt HRW im vergangene Woche veröffentlichten Bericht.

Tabuisiert, aber nicht verboten

Seit sich General Abdel Fattah al-Sisi im Sommer 2013 an die Macht putschte, hat die Militärdiktatur die hoffnungsvolle Stimmung nach dem Arabischen Frühling niedergewalzt. Über ein Dutzend neue Gefängnisse liess Sisi nach seiner Machtübernahme innerhalb von sechs Jahren bauen. NGOs schätzen die Zahl der politischen Gefangenen aktuell auf 60 000.

Dem HRW-Report zufolge kontrollieren und verhaften die Sicherheitskräfte willkürlich Leute auf der Strasse: mehrere Männer wegen «femininer und homosexueller Gesten», eine trans Frau wegen «abnormalen Aussehens». Weitere Männer seien von verdeckten Ermittlern über soziale Medien und Dating-Apps wie Grindr aufgespürt worden.

Homosexualität und trans Identitäten sind in Ägypten zwar stark tabuisiert – sowohl innerhalb der muslimischen Mehrheitsgesellschaft als auch in der christlichen Minderheit –, aber nicht explizit verboten. Um LGBTQ* zu verfolgen, verwenden die Behörden deshalb andere Gesetze, wie etwa eines gegen Sexarbeit, das «notorische Verkommenheit» und «sexuelle Abartigkeit» mit bis zu drei Jahren Haft bestraft.

Ägypten gehört damit zu den 72 Staaten weltweit, in denen Homosexualität nach wie vor kriminalisiert wird. In acht Ländern droht dafür sogar die Todesstrafe, darunter in Saudi-Arabien, dem Iran und Jemen. Weltweit erleben homosexuelle, queere und trans Men-

schen Hassverbrechen, Gewalt und Diskriminierung. Die Suizidrate ist unter queeren Jugendlichen dreimal höher als bei Hetero-Cis-Teenagern. Zudem bestärkt der Aufschwung des Rechtsnationalismus vielerorts homo- und transfeindliche Kräfte.

Welle der Solidarität

Im Bericht von HRW erzählen die Verhafteten von Folter, Isolationshaft oder völlig überfüllten Zellen, von wiederkehrenden Schlägen und sexualisierter Gewalt – häufig vollzogen unter dem Deckmantel von «Analuntersuchungen» oder sogenannten Jungfräulichkeitstests. Polizei und Staatsanwaltschaft sollen die Festgenommenen beschimpft und Geständnisse erzwungen haben, ihnen AnwältInnen und medizinische Versorgung verweigert haben. Zudem hätten die PolizistInnen andere Inhaftierte gezielt dazu aufgefordert, die LGBTQ*-Gefangenen verbal und sexuell zu misshandeln.

In Ägypten werde «jede Person, die nicht männlich, muslimisch, sunnitisch, hetero und ein Unterstützer des Systems ist, abgelehnt, unterdrückt, stigmatisiert, verhaftet, ins Exil verbannt oder getötet», schreibt Sarah Hegazi diesen März auf einem linken arabischen Onlineportal. «Dies hängt mit dem patriarchalen System zusammen, denn der Staat kann seine Repression nicht ohne eine bereits seit der Kindheit bestehende Unterdrückung ausüben.» Das Trauma verfolgt die Dreissigjährige auch in Kanada. Am 14. Juni nimmt sich die Aktivistin das Leben.

Sarah Hegazis tragischer Tod hat weltweit Wellen der Solidarität ausgelöst. «Seitdem hat Ägypten aber weiterhin unverfroren LGBTQ*-Personen ins Visier genommen und misshandelt», kommentierte Rasha Younes von HRW den Report. «Die Behörden scheinen um die schlimmste Bilanz von Rechtsverletzungen in der Region zu konkurrieren, während das internationale Schweigen entsetzlich ist.»

Auch den Fall der zwanzigjährigen Malak al-Kashif hat HRW dokumentiert. Die Aktivistin wurde 2019 bei einem Protest in Kairo verhaftet. Gegenüber der NGO berichtet sie von der Folter, die sie im Gefängnis erlebt hat: Wie sie als trans Frau in einem Männergefängnis untergebracht wurde, wie sie bis heute unter einer posttraumatischen Belastungsstörung und sozialer Phobie leidet.

«Ich bin nicht mehr die Person, die ich mal war», sagt Kashif. Trotzdem möchte sie das Land nicht verlassen. «Sarah Hegazis plötzlicher Tod hat unsere Community in Ägypten erschüttert. Sie war es, die queere Rechte auf die Tagesordnung der linken Bewegung gesetzt hat. Sie erinnert mich daran, dass meine Stimme in dieser Gesellschaft gebraucht wird.»